

Gerhard Stoltenberg zur Steuersenkung 1988:

14 Milliarden zurück an die Bürger

Mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Steuersenkungs-Erweiterungsgesetzes 1988 soll ein Teil der für 1990 geplanten Steuerreform auf den 1. Januar 1988 vorgezogen und damit die bereits für 1988 beschlossene zweite Stufe des Steuersenkungsgesetzes 1986/88 um 5,2 Milliarden DM aufgestockt werden. Insgesamt wollen wir so die Lohn- und Einkommensteuerbelastung mit Wirkung vom Januar nächsten Jahres um fast 14 Milliarden DM verringern, erklärte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg am 20. Mai im Deutschen Bundestag.

Die Koalitionsparteien haben sich auf diese zusätzliche Entlastung geeinigt. Dabei ist vor allem die weitere Stärkung der Binnennachfrage ein wichtiges Ziel.

Im Gesamtzeitraum 1985 bis 1990 soll die Einkommen- und Körperschaftsteuer um insgesamt fast 50 Milliarden DM — das sind nahezu 2½ Prozent des Bruttosozialprodukts — gesenkt werden.

■ Die im letzten Jahr in Kraft getretene erste Stufe des Steuersenkungsgesetzes 1986/88 und die bereits 1985 verbesserten Abschreibungsbedingungen für Wirtschaftsgebäude führen in den kommenden Jahren zu Steuermindereinnahmen von jährlich rund 14 Milliarden DM.

■ Weitere rund 14 Milliarden DM Lohn- und Einkommensteuer sollen mit der verstärkten Steuerentlastung 1988 an die Bürger zurückgegeben werden.

HEUTE AKTUELL

- **WELTWIRTSCHAFT**
Die Bundesrepublik hat ihre Hausaufgaben gemacht. Seite 5
- **ARBEITSMARKT**
Die monatlichen Arbeitslosenzahlen geben nur ein unvollständiges Bild. Seite 8
- **GEN-TECHNOLOGIE**
Unionsfrauen bekräftigten Ablehnung der Leihmutter-schaft. Seite 11
- **SPD**
Gemäßigte Gewerkschafter ohne Chancen. Seite 12
- **CDU**
In NRW ein neuer Anfang mit Norbert Blüm / Bericht vom Essener Parteitag. Seite 13
Weitere Berichte von den Parteitagern der CDU Baden-Württemberg Seite 15
CDU Saar Seite 17
- **FLUGBLATT**
Weiter vorn im Umweltschutz. Seite 19
- **ÖA**
Gesamtangebot. Rosa Teil

■ Im Jahr 1990 wollen wir mit der endgültigen Einführung des linear-progressiven Tarifs in der Einkommensteuer, der Absenkung der Körperschaftsteuer und weiteren Maßnahmen noch einmal eine Nettoentlastung von rund 20 Milliarden DM in Kraft setzen.

Wir sehen für 1990 eine Bruttoentlastung von fast 40 Milliarden DM vor. 19 Milliarden DM sollen dabei durch Umschichtungen im Steuersystem — insbesondere durch den Wegfall von Steuervergünstigungen und Sonderregelungen — ausgeglichen werden. Diese verschiedenen abgestimmten Schritte führen zu einer Steuerreform, einem spürbaren Rückgang der Steuerquote und einer verbesserten Steuerstruktur. Das ist der richtige Weg, um die Wachstumskräfte unter schwierigen weltwirtschaftlichen Vorzeichen zu stärken und bessere Bedingungen für mehr Beschäftigung zu schaffen. Die Wettbewerbsbedingungen sind kurzfristig vor allem durch die starken Wechselkursveränderungen schwieriger geworden. Vom Februar 1985 bis Februar 1987 hat sich die Deutsche Mark gegenüber dem US-Dollar um mehr als 85 Prozent aufgewertet, gegenüber den 14 für uns wichtigen Währungen im Durchschnitt um fast 20 Prozent.

Heute geht die wirtschaftliche Dynamik unserer Volkswirtschaft von den internen Faktoren aus. Bereits im letzten Jahr ist die Binnennachfrage preisbereinigt um beachtliche 3,7 Prozent angestiegen. Auch 1987 können wir in diesem Sektor mit einem realen Zuwachs von über 3 Prozent rechnen. Die Bundesrepublik leistet damit vor allem auch einen Beitrag zur Verstärkung des internationalen Wirtschaftswachstums und einem schrittweisen Abbau der starken Handelsbilanzungleichgewichte.

In realer Rechnung, das heißt, wenn man den Einfluß der im letzten Jahr stark

gesunkenen Importpreise ausschaltet, sind die Importe der Bundesrepublik 1986 bereits um 6,2 Prozent gestiegen — und der Handelsbilanzüberschuß um rund 20 Milliarden DM zurückgegangen. Wenn in diesem Jahr diese Preiseffekte in ihrer Wirkung nachlassen, wird der Umschwung auch in den nominalen Zahlen sichtbar werden.

Wir brauchen solche klaren Zeichen, wenn wir den von den schwerwiegenden Handelsungleichgewichten ausgehenden Druck auf die Weltwirtschaft verringern, die Wechselkurse stabilisieren und die Gefahr eines weltweiten Handelskrieges mit unübersehbaren Folgen sowohl für die Industriestaaten wie für die hochverschuldeten Entwicklungs- und Schwellenländer abwenden wollen. Andere Länder mit teilweise noch höheren Überschüssen, also vor allem Japan, müssen ebenfalls das interne Wachstum stärker in den Mittelpunkt ihrer politischen Entscheidungen stellen, und sie müssen die nach wie vor bestehenden, erheblichen Hindernisse für den freien Warenaustausch abbauen. Auf der anderen Seite müssen die Länder mit hohen Importüberschüssen, vor allem die Vereinigten Staaten, durch die Verringerung der Defizite in den öffentlichen Haushalten inländische Nachfrage und inländische Produktion wieder stärker zur Deckung bringen, die private Investitionstätigkeit verbessern und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit fördern.

Die bis 1990 vorgesehenen Steuerentlastungen werden im Ergebnis dazu führen, daß die Nettokreditaufnahme der öffentlichen Hände bis zum Ende dieses Jahrzehnts vorübergehend ansteigt. Für eine umfassende Steuerreform und eine starke Steuerentlastung erscheint dies vertretbar, wenn zugleich der Kurs zurückhaltender Ausgabenentwicklung konsequent fortgesetzt wird.

Seit 1982 haben die Ausgaben des Bundes um jahresdurchschnittlich 1,7 Prozent zugenommen — nur gut ein Drittel des Anstiegs des Bruttosozialprodukts. Gleichgerichtet — wenn auch zuletzt bei einigen Ländern und Gemeinden etwas nachlassende — Anstrengungen der übrigen Gebietskörperschaften haben das Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts von 4,9 Prozent des Bruttosozialprodukts im Jahre 1982 auf 2,2 Prozent 1986 sinken lassen. Wenn es jetzt bis 1990 wieder auf einen Wert von 3 Prozent unserer volkswirtschaftlichen Leistung ansteigt, ist das in dem geschilderten Gesamtkonzept vertretbar.

Durch den Antrag der Fraktion der SPD „Für eine gerechte und beschäftigungswirksame Steuerpolitik“ ist die Frage nach der gerechten Verteilung der Steuerentlastungen gestellt. Ich will gerne auf diesen Punkt eingehen.

Sicherlich ist es berechtigt, nach dem Anteil der verschiedenen Einkommensgruppen an dem geplanten Entlastungsvolumen zu fragen. Wir haben diese Diskussion bereits hinreichend geführt und klar gemacht, daß die Entlastung im unteren und mittleren Einkommensbereich bis zum Jahr 1990 wesentlich höher sein wird als bei den wirklichen Spitzenverdienern.

Dagegen würde nach dem vorliegenden SPD-Antrag die steuerliche Grenzbelastung für die Bezieher mittlerer Einkommen in unvertretbarer Weise erhöht. Bereits ab 1988 würden zahlreiche Facharbeitereinkommen im wesentlich stärkeren Maß der Besteuerung unterworfen als nach den Steuerplänen der Bundesregierung. In den Fällen, in denen es nach den SPD-Vorschlägen zu einer anfänglichen Entlastung käme, würde der steilere Progressionsverlauf schon nach wenigen Jahren zu Mehrbelastungen führen.

Unter dem Stichwort Steuergerechtigkeit

müssen auch die SPD-Vorschläge zur Abschaffung der steuerlichen Kinderfreibeträge diskutiert werden. Vor der steuerlichen Bemessungsgrundlage können heute Werbungskosten, Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen und vieles andere steuerentlastend abgezogen werden. Die SPD ist bis heute eine überzeugende Antwort darauf schuldig geblieben, warum sie ausgerechnet die wirtschaftlichen Belastungen, die Eltern für den Unterhalt und die Erziehung ihrer Kinder übernehmen, steuerlich nicht anerkennen will.

Gerade in die Verteilungsdiskussion müssen wir darüber hinaus verstärkt die Frage nach den Zusammenhängen zwischen den steuerlichen Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen und die arbeitenden Menschen auf der einen und unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit unsere langfristigen Wachstumsaussichten auf der anderen Seite einbeziehen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß in vielen westlichen Industrieländern erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um die oft ohnehin schon niedrigere Steuerbelastung der Unternehmen zu senken und so günstigere Standortbedingungen für arbeitsplatzschaffende Investitionen zu erreichen. Wenn wir dieser Entwicklung nicht Rechnung tragen, werden wir vielleicht am Ende etwas mehr Gleichverteilung der Einkommen — aber auf wesentlich niedrigerem Niveau — erreichen als es bei einer leistungsgerechten Besteuerung möglich wäre. Wer diese Zusammenhänge ignoriert, verschließt die Augen vor den tatsächlichen Gegebenheiten und Entwicklungen in unserer Welt.

Mit der durch die Koalitionsvereinbarungen festgelegten Finanz- und Steuerpolitik schaffen wir bessere Voraussetzungen, um den Herausforderungen der Zukunft entgegen zu können.

Steuerreform 1986/88 und 1990 – Was ändert sich zum 1. 1. 1988?

Im Mittelpunkt der Steuerpolitik der Bundesregierung stand und steht ein Einkommenstarif mit völlig neuem Profil. Kernstück ist ein sanft ansteigender linearer Tarif. Er ist sozial ausgewogen, mittelstandsfreundlich und leistungsgerecht.

Durch den auf 1988 vorgezogenen Teil der für 1990 vorgesehenen Steuerreform werden die Steuerzahler um insgesamt ca. 5 Mrd. DM entlastet. Zusammen mit der bereits beschlossenen Steuersenkung ergibt sich zum 1. Januar 1988 eine Entlastung von insgesamt ca. 14 Mrd. DM.

Überblick über die Maßnahmen

Mindereinnahmen
Mrd. DM

■ Anhebung des Grundfreibetrages von bisher 4 536/9 072 DM um 1 080/ 2 160 DM auf 5 616/11 232 DM	7
■ Senkung des Eingangssatzes von bisher 22 v. H. um 3 v. H.-Punkte auf 19 v. H.; Verkürzung der unteren Proportionalzone von bisher 18/36 TDM um 8,1/16,2 TDM	6,7
■ Einführung eines linearprogressiven Tarifs (Begradigung der Tarifprogression)	23,7
■ Senkung des Spitzensatzes von bisher 56 v. H. um 3 v. H.-Punkte auf 53 v. H. mit Vorverlegung des Beginns der oberen Proportionszone von bisher 130/260 TDM um 10/20 TDM auf 120/240 TDM	1
■ Anhebung des Kinderfreibetrages von bisher 2 484 DM um 540 DM auf 3 024 DM	2
■ Anhebung sonstiger familienbezogener Freibeträge (Haushaltsfreibetrag, Unterhaltsfreibeträge, Ausbildungsfreibeträge)	0,6
■ Einführung eines Freibetrages für besonders schwere Fälle häuslicher Pflege	0,6
■ Verbesserung des Vorwegabzugs für Vorsorgeaufwendungen	
■ Verbesserung der Sonderabschreibung für kleine und mittlere Betriebe nach § 7 g EStG von 10 auf 20 v. H., verteilt auf drei Jahre; begünstigt sind Betriebe mit einem Einheitswert bis 240 000 DM (bisher 120 000 DM)	0,5*
■ Absenkung des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltene Gewinne von 56 v. H. um 6 v. H. auf 50 v. H.	2,3
Mindereinnahmen 1990 insgesamt	44,4

* Die bei der ersten Ausfallschätzung 1983 erwarteten Mindereinnahmen von 1 Mrd. DM dürften wegen der geringeren Anreizwirkung nicht in vollem Umfang eingetreten sein. Die deutliche Verbesserung wird zu einer verstärkten Inanspruchnahme und zu Steuerausfällen von insgesamt 1,5 Mrd. DM führen.

Vor dem Weltwirtschaftsgipfel in Venedig:

Die Bundesrepublik Deutschland hat ihre Hausaufgaben gemacht

Auf dem 13. Weltwirtschaftsgipfel in Venedig werden die Vertreter der sieben wichtigsten Industrieländer der westlichen Welt vom 8. bis 10. Juni in Venedig gemeinsam über die Weiterentwicklung ihrer Wirtschaftspolitik beraten. Der diesjährige Gipfel findet in einem Umfeld statt, das durch eine ganze Reihe positiver wirtschaftlicher Eckdaten, zugleich aber auch durch einige Problembereiche geprägt ist.

Auf der Positivliste stehen dabei vor allem das anhaltende Wirtschaftswachstum und die Inflation, die das niedrigste Niveau seit einer Generation aufweist, auf der Negativliste sind die vielfach hohe Arbeitslosigkeit und die erheblichen Leistungsbilanzungleichgewichte zu nennen.

1. Rückblick

Kein Zweifel, die Bundesregierung hat seit 1982 erfolgreich daran gearbeitet, binnenwirtschaftlich die Wachstumsbedingungen zu verbessern und gleichzeitig ihrer internationalen Verantwortung gerecht zu werden. Damals befand sich die deutsche Wirtschaft in einer der gefährlichsten Schwächephasen der Nachkriegszeit: Rückgang der Produktion, wachsende Arbeitslosigkeit, gefährliche Inflationsraten, hohe Staatsdefizite und steigender Staatsanteil.

Um die Dynamik des Marktes zu stärken, hat die Bundesregierung verlässliche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen geschaffen, die Steuern gesenkt, den Wettbewerb gesichert und bürokratische Hemmnisse verringert. Die wirtschafts-

politischen Erfolge der letzten vier Jahre bestätigen die Richtigkeit des eingeschlagenen Kurses:

- Das Bruttosozialprodukt stieg von Ende 1982 bis heute real um fast 12 Prozent.
- Die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen nahmen real um 20 % zu, so daß sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärkte und neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten.
- Die Zahl der Beschäftigten betrug zuletzt knapp 26 Millionen; das sind über 600 000 Menschen mehr als im Tiefpunkt 1983.
- Die Inflationsgefahr ist gebannt. Nachdem die Verbraucherpreise im letzten Jahr sogar leicht zurückgegangen sind, dürften sie in diesem Jahr um weniger als 1 Prozent steigen.
- Aufgrund der soliden Haushaltspolitik konnten die Zinsen in der Bundesrepublik fühlbar gesenkt werden, so daß wir heute am unteren Ende der internationalen Zinsskala liegen.

2. Die Bundesrepublik Deutschland: ein international angesehener Wirtschaftspartner

Anders als vielfach verlautet, hat die Bundesregierung nicht nur die deutsche Wirtschaft gestärkt, sondern auch ihren Handelspartnern wichtige wirtschaftliche Impulse gegeben.

Der gesamtwirtschaftliche Wachstumsprozeß in der Bundesrepublik wurde nämlich keineswegs hauptsächlich vom

Auslandsgeschäft oder gar von den Exporten nach den USA getragen. Letztere machen nur 10 Prozent unserer Gesamtexporte aus.

In Wirklichkeit nahm die Inlandsnachfrage in den letzten Jahren schneller zu als das Sozialprodukt. Dies bedeutet nichts anderes, als daß von unserem gesamtwirtschaftlichen Wachstum erhebliche Impulse auf das Ausland ausgingen. Die Bundesrepublik hat ihren Markt für ausländische Produkte weit offen gehalten. Auch auf europäischer Ebene machte die Bundesregierung ihren ganzen Einfluß geltend, um den freien Welthandel zu schützen und zu stärken.

Die Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen hat naturgemäß für die Bundesrepublik Deutschland eine besonders große Bedeutung. Ihre Verflechtung mit der Weltwirtschaft ist enger als bei den meisten anderen großen Industrieländern: Während 1986 der Export der Bundesrepublik 33 Prozent des Bruttosozialproduktes ausmachte, lag dieser Anteil in den USA, der größten Handelsnation der Welt, nur bei 9 Prozent. Aber auch Japan mit 16 Prozent und Frankreich mit 24 Prozent haben geringere Exportquoten.

3. Stabilisierung der Wechselkurse

Die starke außenwirtschaftliche Verflechtung Deutschlands bringt einerseits Vorteile für uns und unsere Partnerländer, sie bedeutet andererseits aber auch stärkere Einbindung in die Weltwirtschaft. In diesem Zusammenhang spielen die Wechselkurse eine herausragende Rolle.

Die starken Schwankungen des Dollar-Kurses gegenüber allen anderen Währungen der Welt haben in den letzten Jahren das währungspolitische Umfeld für die Deutsche Mark in starkem Maße geprägt. Ein Kursniveau von ca. 1,70 DM Anfang 1980, von fast 3,50 DM im Herbst 1985

und zuletzt von ca. 1,80 DM bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die deutsche Exportwirtschaft. Die derzeit anhaltende Dollarschwäche, die vor allem auf dem hohen amerikanischen Leistungsbilanzdefizit beruht, kann nur durch weitreichende Anpassungsmaßnahmen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik beseitigt werden. Dieser Prozeß ist heute bereits in vollem Gange; aber er benötigt Zeit. Handlungsbedarf besteht darüber hinaus in der US-Haushaltspolitik. Nur eine deutliche und überzeugende Tendenzwende wird hier den Dollar-Kurs auf Dauer stabilisieren können.

4. Ausblick

Die Weltwirtschaft befindet sich heute im Zeichen einer moderaten Aufwärtsentwicklung. Dabei wird das Wachstum nach Einschätzung der internationalen Organisationen sowohl in Nordamerika als auch in den anderen Industrieländern und den meisten Entwicklungsländern anhalten. Dies gilt auch für die Bundesrepublik Deutschland. Denn anders als in früheren Konjunkturzyklen haben sich bisher keine Verspannungen herausgebildet, die von innen heraus auf ein baldiges Ende des Aufschwungs hindeuten würden.

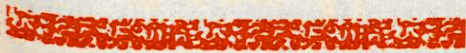
Auch die finanzielle Lage der Unternehmen ist aufgrund der verbesserten Ertragssituation und einer höheren Eigenkapitalausstattung günstig. Zudem ist damit zu rechnen, daß die positiven Impulse, die bereits 1986 angelegt waren, teilweise erst in diesem Jahr wirksam werden. Dies gilt vor allem für den gesunkenen Ölpreis, dessen kaufkraftsteigernde Wirkung erst in diesem Jahr bei den Verbrauchern voll ankommt, und nicht zuletzt für die Bauwirtschaft, die von verbesserten Auftragsbeständen profitiert. Weiteren Schub wird die Wirtschaft durch die Aufstockung der zweiten Stufe

Nach einer Verschnaufpause hat die Konjunktur jetzt neuen Atem geholt

Zwar hat der Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik im Winterhalbjahr eine vorübergehende Verschnaufpause eingelegt. Mit dem Frühjahr ist er jedoch wieder in Fahrt gekommen und wird sich im Laufe dieses Jahres verstärken.

Zu diesem Ergebnis kommt der Konjunkturrat für die öffentliche Hand, ein Gremium aus den Wirtschafts- und Finanzministern von Bund und Ländern, nach einer Prüfung der Konjunkturindikatoren.

Die positiven Konjunktursignale gehen in erster Linie von der Binnenwirtschaft aus: Die Verbraucherstimmung der privaten Haushalte ist nach wie vor günstig, der Beschäftigungsanstieg dauert an, und die Preise bleiben weiterhin stabil.



(Fortsetzung von der vorigen Seite)

des Steuerentlastungspakets 1986/88 erhalten:

Als Antwort auf ihre internationale Verantwortung hat sich die Bundesregierung im Louvre-Abkommen vom 22. Februar 1987 verpflichtet, aus dem umfassenden Entlastungspaket der großen Steuerreform von 1990 bereits jetzt eine Nettoentlastung von über 5 Milliarden DM auf Anfang 1988 vorzuziehen. Damit erhalten Wirtschaft und Verbraucher positive Signale, die bereits im Laufe dieses Jahres ihre Wirkung zeigen können. Niemand unter den Experten rechnet derzeit mit einem Abschwung. Entscheidend für das jahresdurchschnittliche Ergebnis wird jedoch sein, daß sich die dynamischen Kräfte rasch durchsetzen.

Auch gehen nach neuesten Umfragen im Verarbeitenden Gewerbe die Unternehmen für 1987 von einer verstärkten Investitionsausweitung aus. Zusätzlich sind die Zinsen so niedrig wie selten nach dem Krieg.

Die Bundesregierung rechnet für 1987 mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit um 30 000 und einer Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen um 130 000.

Angesichts dieser positiven binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist zu erwarten, daß nach der zwischenzeitlichen Beruhigung an den internationalen Devisenmärkten die expansiven Kräfte wieder die Oberhand gewinnen werden. Denn in der Wirtschaft keimen inzwischen neue Hoffnungen, daß die durch den Dollarverfall maßgeblich beeinflusste Exportschwäche schon bald abklingt. Im ersten Quartal 1987 sind die deutschen Exporte bereits wieder um 1 % gestiegen. Alles in allem stehen die Konjunkturampeln auf Grün.

Zitate

„Wer das Mehrheitsprinzip leugnet und attackiert und die eigene politische Meinung absolut setzt, zerstört unsere Demokratie.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung)

„... wer bestimmte Gewalttaten durch eine Unterscheidung zwischen Gewalt gegen Menschen und Gewalt gegen Sachen rechtfertigen will, stellt sich außerhalb unserer Verfassung.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung)

Monatliche Arbeitslosenzahlen geben nur unvollständiges Bild

Die monatlich veröffentlichten Arbeitslosenzahlen der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit geben nach Auffassung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln einen „nur recht unvollständigen Einblick in die Arbeitsmarktentwicklung“. Das unternehmernahe Institut erklärte, die Nürnberger Zahlen beleuchten lediglich die an einem Stichtag festgestellte Zahl der Arbeitslosen. Die Statistik sage aber nichts aus über die Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt, über die Zahl der Arbeitslosen mit einem neuen Arbeitsplatz, wie lange diese zuvor arbeitslos gewesen seien oder wieviele Arbeitnehmer aus der stillen Reserve im Beruf wieder Fuß fassen konnten. Die ausschließliche Bewertung der Arbeitslosenzahl könne zu Fehlinterpretationen führen, warnte das IW.

Nach Darstellung des Kölner Instituts haben sich in den vergangenen Jahren die Chancen für die Arbeitslosen trotz annähernd gleichgebliebener gesamtwirtschaftlicher Arbeitslosenquoten „um einiges verbessert“. So konnten dem Institut zufolge 1986 fast 3,8 Millionen Männer und Frauen, die während des Jahres vorübergehend erwerbslos waren, ihre Arbeitslosigkeit beenden. Im Rezessionsjahr seien es nur 3,2 Millionen gewesen. Der Zugang der Arbeitslosen aus dem Beschäftigungssystem hat laut IW kontinuierlich abgenommen — von 2,8 Millionen 1982 auf 2,5 Millionen 1986. Diese den Arbeitsmarkt entlastende Entwicklung sei allerdings durch eine steigende Zahl von Arbeitslosmeldungen aus der „stillen Reserve“ kompensiert worden: 1986 hätten sich bereits 939 000 Perso-

nen, die zuvor nicht erwerbstätig gewesen seien, als arbeitslos gemeldet — im Vergleich zu 792 000 im Jahre 1982. Dabei habe es sich vorwiegend um Frauen gehandelt, „die aufgrund der verbesserten Beschäftigungschancen wieder einen Arbeitsplatz suchten“.

Auch die Arbeitsvermittlungen haben sich „kräftig auf fast 2 Millionen erhöht“, berichtete das IW. Dagegen habe allerdings die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit von knapp vier auf sieben Monate zugenommen. Allerdings habe sich auch die durchschnittliche Laufzeit der offenen Stellen verlängert, von 27 auf 33 Tage.

Zusammenarbeit beim zivilen Katastrophenschutz

Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft arbeiten beim zivilen Katastrophenschutz künftig verstärkt zusammen. Die für Zivilschutz zuständigen Minister und Staatssekretäre der EG verabschiedeten in Brüssel eine Erklärung, wonach die Zusammenarbeit in gemeinsamen Katastrophenschutzübungen erprobt und ein in allen EG-Ländern einheitlicher telefonischer Notruf eingerichtet werden soll.

Der Staatssekretär im Bonner Innenministerium, Carl-Dietrich Spranger, erklärte, die Bundesregierung stelle mit Befriedigung fest, „daß nach den Ereignissen von Tschernobyl und Sandoz die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten der EG auch auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes weitere Fortschritte macht“. Bonn werde alles tun, um diese Zusammenarbeit weiter zu stärken.

Initiativen der Union zum Schutz des Lebens und der Familie

Mit der Regierungsübernahme haben wir zwei zentrale politische Anliegen der Union in den Mittelpunkt der Regierungspolitik gerückt. Das erste Ziel ist die Verbesserung des Lebensschutzes unserer ungeborenen Kinder. Die Entwicklung einer zukunftsorientierten Familienpolitik ist die zweite große Aufgabe, die seit dem Jahre 1982 mit großer Konsequenz verfolgt wird, erklärte Rudolf Seiters, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Das Herzstück der von uns praktizierten Politik für die Familien ist das Bundeserziehungsgeldgesetz. Alle Mütter oder Väter können seit dem 1. Januar 1986 nach der Geburt eines Kindes für zehn Monate in Erziehungsurlaub gehen. Sie erhalten ein Erziehungsgeld in Höhe von 600 Mark monatlich. Wir können bereits heute absehen, daß das Erziehungsgeld und der Erziehungsurlaub, die von 96 Prozent der Bezugsberechtigten in Anspruch genommen werden, ein voller Erfolg sind.

Im Rahmen des Ausbaus des dualen Systems der Familienförderung haben wir die Kinderfreibeträge auf 2484 Mark erhöht. Niemand kann bestreiten, daß die Leistungen der Eltern für ihre Kinder steuerliche Anerkennung finden müssen. Auch bei der von uns geplanten Tarifbegradigung im Rahmen der „Großen Steuerreform“ zum Jahre 1990 werden wir dafür sorgen, daß Familien mit Kindern weit weniger Steuern zu zahlen haben. Darüber hinaus planen wir den weiteren Ausbau des Erziehungsgeldes und die Erhöhung des Kindergeldes ab dem zweiten Kind.

Eine gute Familienpolitik ist auch immer eine sinnvolle Politik zur Verbesserung des Schutzes des ungeborenen Lebens. Wir haben uns jedoch in den vergangenen vier Jahren nicht damit begnügt, den Schutz unserer ungeborenen Kinder nur unter familienpolitischen Gesichtspunkten zu betreiben. Seit Juli 1984 arbeitet die Bundesstiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“ mit großem Erfolg. Vielen jungen Frauen konnte seither finanzielle Unterstützung und personelle Beratung zuteil werden. Bis Ende 1986 wurde in über 60000 Fällen eine schnelle und flexible Soforthilfe gewährt. Nach mehrmaliger Erhöhung der Bundesmittel stehen der Stiftung nunmehr 80 Millionen Mark jährlich zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es in den CDU-geführten Bundesländern Landesstiftungen, die eine ähnliche Zielsetzung wie die Bundesstiftung verfolgen.

Die hohe Zahl von Abtreibungen wird uns auch in dieser Legislaturperiode nicht ruhen lassen, den Schutz des ungeborenen Lebens zu verbessern. Durch ein Bundesberatungsgesetz werden wir sicherstellen, daß in allen Bundesländern Beratungsstellen dann eine staatliche Anerkennung und Förderung erhalten, wenn sie entsprechend der Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Februar 1975 zugunsten des Lebens beraten, über Hilfen informieren, diese vermitteln und, soweit ihnen finanzielle Mittel und personelle Ressourcen dafür zur Verfügung stehen, gewähren. Dazu gehören laut Koalitionsvereinbarungen unter anderem die Mittel der Stiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“ und Maßnahmen

der Beratung und Begleitung, die nach Austragung einer Konfliktschwangerschaft wirksam werden sollen. Es muß weiter sichergestellt werden, daß die Beratung vor der Indikationsstellung erfolgt, Beratung und Indikationsstellung personell getrennt vollzogen werden, das heißt, auch die Indikation nicht von Ärzten festgestellt wird, welche die gesetzlich vorgesehene Sozialberatung vorgenommen haben. Die ärztlichen Honorarforderungen dürfen von den Krankenkassen nur dann erfüllt werden, wenn der abrechnende Arzt seiner gesetzlichen Meldepflicht an das Statistische Bundesamt genügt hat.

Diese Maßnahmen dienen dem Ziel, die erschreckend hohe Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen aus sozialer Notlagenindikation zu senken. Eine Verbesserung der Beratung im Rahmen des Paragraphen 218 ist deshalb ebenso wünschenswert, wie die Erstellung einer verlässlichen Statistik über die Zahl der tatsächlich vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüche. Mit dem Beratungsgesetz soll auch keine Bevormundung erfolgen. Es dient vielmehr der bereits gesetzlich vorgeschriebenen Beratungspflicht. Statt repressiv zu reagieren, werden wir in Zukunft den in Not geratenen Frauen noch stärker als dies in der Vergangenheit der Fall war zur Seite stehen. Das Beratungsgesetz ist Teil einer praktizierten lebensbejahenden Politik.

Kernkraftwerk „ohne gravierende Störfälle“

Die Sicherheitsbilanz der Kernkraftwerke in der Bundesrepublik konnte sich nach Auffassung der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) „auch 1986 wieder sehen lassen“. Sie sei „frei von gravierenden Störfällen“, heißt es im Geschäftsbe-

Zitat

„Wir Deutschen suchen keinen eigenen Weg zwischen den Welten. Wir wissen, wo wir unsere Freunde haben. In dieser schwierigen Stunde zählt für uns allein der deutsch-französische beziehungsweise der europäische Weg.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl anlässlich der Feier des 38. Jahrestages der Verkündung des deutschen Grundgesetzes im Palais Beauharnais, der Residenz des deutschen Botschafters in Paris, beim 49. deutsch-französischen Gipfel).

richt der Kölner Gesellschaft, deren Gesellschafter die Bundesrepublik, die Bundesländer Bayern und Nordrhein-Westfalen, die elf Technischen Überwachungs-Vereine der Bundesrepublik sowie der Germanische Lloyd sind. Aufgabe der GRS ist die Gewährleistung der Sicherheit kerntechnischer Anlagen und des Strahlenschutzes.

Nach Darstellung der GRS hat sich der weltweite Zuwachs der Kernenergie auch im vergangenen Jahr fortgesetzt. Ende 1986 seien in 26 Ländern bereits 394 Leistungsreaktoren in Betrieb gewesen, die heute schon mehr als 15 Prozent der elektrischen Energie erzeugen. Der Anteil der Kernenergie in der Bundesrepublik liege bei 34 Prozent, in Frankreich sogar bei 70 Prozent.

In einer in dem Geschäftsbericht wiedergegebenen Analyse des Tschernobyl-Unfalls kommt die GRS zu dem Schluß, daß die Hauptursache nicht nur in „der Vielzahl von Regelverletzungen und Systemeingriffen des Betriebspersonals“ lag. Die Systemeingriffe seien „durch die unzureichende Anlagentechnik im Bereich des Reaktorschutzes begünstigt“ gewesen.

Unionsfrauen bekräftigten Ablehnung der Leihmutterschaft

Bei einem Treffen der weiblichen Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit den Mitgliedern der Landtagsfraktion der CDU Rheinland-Pfalz bekräftigten die Politikerinnen ihr Ziel, die informellen Gespräche zu intensivieren, ein breit angelegtes Kommunikationsnetz zur gegenseitigen Stützung zu schaffen und sich um bessere Koordination der parlamentarischen Initiativen zu bemühen. Die sich in der Vergangenheit bewährten gemeinsamen Wahlkampfeinsätze von Frauen für Frauen müßten ergänzt werden durch überregional ausgerichtete Mitgliederwerbung der Mandatsträgerinnen in Parteien und Fraktionen, stellte Ursula Männle fest.

Angesprochen wurden auch die auf der Klausurtagung der Gruppe der Frauen erörterten Themen wie Beratungsgesetz und Leihmutterschaft. Die z.Z. geführte Diskussion um das Selbstbestimmungsrecht der Frauen, ausgelöst durch die bewußte Fehlinterpretation des geplanten Beratungsgesetzes, ist mehr als zwiespältig. Die Vertreterinnen der CDU/CSU setzen sich für den Schutz der Frauen und werdenden Mutter ebenso ein wie für den Schutz des ungeborenen Lebens. Wir distanzieren uns von denjenigen, die die bestehenden gesetzlichen Schranken für Abtreibung beseitigen wollen, ein unbegrenztes Selbstbestimmungsrecht der Frauen fordern, aber gleichzeitig für gesetzliche Regelungen gegen „fremdbestimmte“, finanziell motivierte Schwangerschaft streiten. Leihmutterschaft lehnen wir aus Gründen des Schutzes der Frau und des der Kinder ab. Hier muß

der Staat klare Verbotsnormen erlassen, will er nicht in Verruf geraten, willkürlich Gesetz und Moral zu trennen. Der Staat muß durch gesetzgeberisches Handeln Frauen davor schützen, als Ware mißbraucht zu werden, und Kindern ihre Persönlichkeitsrechte sichern.

Die Wertbindung unserer Verfassung gebietet es aber auch, sich für legitime Begrenzungen des Selbstbestimmungsrechts der Frau einzusetzen, das Recht ungeborenen Lebens aktiv zu schützen, und zwar durch umfassende Beratung und finanzielle Hilfen für die in Konfliktsituationen befindlichen schwangeren Frauen. Entgegen der irreführenden und mit Polemik versetzten Kampagne ist mit dem Beratungsgesetz beabsichtigt, die bestehenden gesetzlichen Grundlagen im Lichte der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu verdeutlichen und das Recht von Frauen auf informative Beratung zu stärken.

Zitat

SPD sollte Blüm sehr ernst nehmen. Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Friedhelm Farthmann, hat seine Partei davor gewarnt, den neuen Landesvorsitzenden der nordrhein-westfälischen CDU, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, als politischen Gegner gering einzuschätzen. Er nehme ihn „sehr ernst“, sagte Farthmann gegenüber der Westfälischen Rundschau, und er sei überzeugt, daß dies seine Partei auch tue.

(Westfälische Rundschau)

Gemäßigte Gewerkschafter ohne Chance in der SPD

Die Abwahl des Sprechers der IG Bergbau, Horst Niggemeier, vom SPD-Vorsitz im Unterbezirk Recklinghausen — 21 000 SPD-Mitglieder, zweitgrößter SPD-Unterbezirk im ganzen Bundesgebiet — ist ein Fanal für den Linksruck in der SPD. Die Wahl des im Juso-Alter befindlichen linken Intellektuellen Bernhard Kasperek anstelle des führenden gemäßigten DGB-Gewerkschafters Niggemeier zeigt in schonungsloser Deutlichkeit die Mehrheitsverhältnisse in der SPD. Wenn schon in der angeblich so bodenständigen konservativen Ruhrgebiets-SPD vernünftige Gewerkschafter keine Chance mehr haben, fällt die SPD insgesamt als politische Vertretung von Arbeitnehmerinteressen in Land und Bund aus.

Hermann-Josef Arenz, Stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-

Westfalen, Sozialpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW stellt dazu fest:

■ Der tiefe Riß zwischen gemäßigt und radikal geht quer durch die SPD in Nordrhein-Westfalen. Selbst im Ruhrgebiet haben die gemäßigten Gewerkschafter keine Mehrheit mehr in der SPD.

■ Die Abwahl Niggemeiers ist die offene politische Hinrichtung des gemäßigten Gewerkschaftsflügels auch in der Ruhr-SPD. Die SPD ist keine Heimat mehr für die Arbeitnehmerschaft.

■ Die CDU in Nordrhein-Westfalen öffnet sich mit der Wahl von Norbert Blüm zum Vorsitzenden in ganz besonderer Weise für die Anliegen und Ziele der Arbeitnehmer im größten Bundesland. Neue Arbeitsplätze, faires Miteinander von Arbeitnehmern und Unternehmern und soziale Gerechtigkeit — dafür steht in Nordrhein-Westfalen allein die CDU.

Steuererleichterung auch für die Landwirtschaft

Das Steuerbereinigungsgesetz von 1986 bringt auch für die Landwirtschaft erhebliche Steuererleichterungen. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesernährungsminister, Wolfgang von Geldern, bezifferte die jährlichen Steuervergünstigungen aufgrund dieses Gesetzes für die Land- und Forstwirtschaft auf 220 Millionen DM.

Auf der Tagung des Hauptverbandes der Landwirtschaftlichen Buchstellen und Sachverständigen am 26. Mai 1987 in Travemünde sagte er, Bonn habe seit

1984 der Landwirtschaft in mehreren Schritten beachtliche Steuererleichterungen beschert. Dazu gehörten die Entlastung bei Verkauf oder Aufgabe kleinerer Betriebe, die Freibetragsregelung für Gewinne aus Grundstücksveräußerungen und die steuerneutrale Überführung selbstgenutzten Wohneigentums.

Am wichtigsten sei der Einkommensausgleich über die Umsatzsteuer, mit dem den Bauern die Einkommensverluste aus dem Abbau des Währungsausgleichs um fünf Prozent ausgeglichen würden. In den kommenden Jahren werde die allgemeine Steuerreform der Landwirtschaft zugute kommen.

Neue Chancen für NRW-CDU: Klare Mehrheit für Norbert Blüm

Die CDU muß auch in Nordrhein-Westfalen wieder stärkste politische Kraft werden. Dieses Ziel unterstrich der neue Landesvorsitzende, Bundesminister Norbert Blüm, zum Abschluß des 3. Landesparteitages in Essen (22./23. 5. 87). Zuvor war er von den 623 Delegierten mit überwältigender Mehrheit (95,33 Prozent) zum Nachfolger von Prof. Kurt H. Biedenkopf gewählt worden. Ein fast gleich gutes Ergebnis erzielte der neue Generalsekretär, MdL Helmut Linssen (86,65 Prozent). Die fünf Stellvertreter sind in der Reihenfolge der abgegebenen Stimmen: Peter Hintze, Christa Thoben, Heinrich Ostrop, Irmgard Karwatzki und Eckehard Uhlenberg. Landesschatzmeister bleibt Franz Heinrich Krey, sein Stellvertreter Laurenz Meyer.

Mit der Neuwahl ist eine längere Personaldiskussion in der Führung der beiden ehemaligen Landesverbände Rheinland und Westfalen beendet worden. Der bisherige Vorsitzende Kurt H. Biedenkopf kandidierte nicht wieder. Der Erste Stellvertreter Biedenkopfs und frühere Vorsitzende der CDU Rheinland, Dieter Pützhofen, erhielt bei seiner Wahl für den Landesvorstand keine Mehrheit und ist nicht mehr im Landesvorstand vertreten. Während der Krefelder Oberbürgermeister erklärte, er werde dennoch weiter mitmachen und sich um eine Kandidatur für die Landtagswahlen bemühen, forderte Norbert Blüm seinen Vorgänger Biedenkopf auf, dieser möge selber entscheiden, in welcher Rolle er weiter mitmachen wolle.

Norbert Blüm trat mit einer schlichten

Botschaft vor die Delegierten, die zunächst abwartend auf „den Mann aus Bonn“ reagierten, im Verlauf seiner programmatischen Rede aber begeistert mitgingen und am Ende ihrem neuen Hoffnungsträger spontan stehende Ovationen darbrachten. Drei Kernsätze gab Blüm den Delegierten mit nach Hause: **Wir fangen neu an. Wir müssen zusammenstehen. Wir wollen gewinnen.** Er kandidiere nicht für Vergangenheitsbewältigung, sagte der Bundesarbeitsminister, er sei zuständig für Zukunftsbewältigung. Von der CDU Nordrhein-Westfalen erwarte er Loyalität und Beteiligung am „Mannschaftskampf der Politik“. „Wer quertreibt oder aufs eigene Tor schießt, den brauchen wir nicht,“ formulierte er unter dem großen Beifall der Delegierten. Selbst skeptische Delegierte aus dem Hochsauerlandkreis stimmten zu: „Recht hat er!“

Rheinländer und Westfalen hätten in der CDU künftig als Motoren zu dienen und nicht länger als Bremsklötze zu wirken. Von der Parteibasis verlangte der neue Vorsitzende, daß sie draußen im Lande deutlich sichtbar werde, in Kirchen, Gewerkschaften und Vereinen. Die SPD sei mit ihren Machtstrukturen an der Ruhr verkrustet und unbeweglich. Das müsse man aufbrechen, weil die bürokratische Reglementierungswut der Sozialisten dringend notwendige Innovationen ersticke. „Johannes Rau, komm raus aus deinem Schlupfloch“, rief Blüm zur großen Freude der Delegierten. Die CDU müsse das Land wieder zur Lokomotive für die Wirtschaftsentwicklung machen. Zur aktuellen Situation auf dem Stahlmarkt sagte Blüm: „Nicht die Seifenbla-

sen des Herrn Rau helfen den Stahlkochern, sondern eine konkrete Politik.“

Der deutsche Stahl sei wettbewerbsfähig, die EG müsse nur ihr Subventionsverbot durchsetzen. Weitere Schlüsselthemen in der Parteiarbeit sieht Blüm in der Familien- und Umweltpolitik. Zu beiden Themen gab es in Essen schon Diskussionspapiere. Mit der Parole „Bergauf CDU, Glückauf Nordrhein-Westfalen“, beendetete Norbert Blüm seine beeindruckende Rede.

Zuvor hatte Prof. Biedenkopf — zum Abschied aus dem Amt des Landesvorsitzenden — noch einmal eine Grundsatzrede gehalten. Zur Sicherung der Zukunft müßten Ansprüche starker Interessengruppen begrenzt werden, meinte er; Konflikte dürften nicht verdeckt, Auseinandersetzungen müßten offen geführt werden; die CDU dürfe nicht „an der Illusion einer heilen Welt“ wirken. Die Partei müsse sich fragen, ob sie bereit sei und die Kraft habe, sich diesen Aufgaben zu stellen. Zu den Aufgaben gehöre auch die Erkenntnis, daß mit wirtschaftlichem Wachstum allein die Arbeitslosigkeit nicht genügend bekämpft werden könne.

Auf die Beschreibung der Konflikte im Vorstand während der vergangenen Monate verzichtete Biedenkopf, weil er nicht Wunden wieder aufreißen wolle. Einige Angaben zur Person des neuen Generalsekretärs **Dr. Helmut Linssen**: Geboren 1942 in Krefeld, verheiratet, ein Kind. Selbständiger Kaufmann. Mitglied der CDU seit 1972. Schatzmeister im Kreisvorstand Kleve, Mitglied im Landesvorstand der Mittelstandsvereinigung seit 1984. Von 1975 bis 1980 Ratsmitglied der Stadt Geldern/Niederrhein. Zeitweilig stellv. Fraktionsvorsitzender, Landtagsabgeordneter seit 1980, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion seit 1987.

Dazu schrieb die Presse:

... Blüm macht der Partei Mut und bläst schon beim Start zum Angriff auf die SPD-Bastion Nordrhein-Westfalen. Dort wird 1990 ein neuer Landtag gewählt. Blüm hat somit ausreichend Zeit, an seinem Gegner, SPD-Ministerpräsident Johannes Rau, Maß zu nehmen.

(Abendpost — Nachtausgabe)

Blüms Angebot zur Zusammenarbeit mit Rau darf nicht zu Irrtümern verführen. Das Ziel des neuen CDU-Vorsitzenden ist der Angriff. In der Rückkehr zum politischen Einmaleins besteht das ganze Programm Norbert Blüms...

... Die CDU soll aus ihrer Nabelschau gerissen und wieder auf das eigentliche Ziel ausgerichtet werden: auf die Wiedererlangung der Macht am Rhein. Dazu gehört zuerst, daß die Sorgen der Menschen auch die Sorgen der Partei sind. Hier steckt der Sinn von Blüms Angebot...

... Die SPD macht es sich zu leicht, wenn sie ihn als den Mann aus der Bütt abfahren läßt. Blüm ist ein Mann mit Überzeugungen. Davon gibt es nicht viele. Jetzt kommt es darauf an, ob die CDU ihm eine Chance gibt.

(Westdeutsche Allgemeine Zeitung)

... Insgesamt hat der neue Landeschef ein gutes Team um sich. Dem munteren und optimistischen Blüm darf man zutrauen, daß er seine Chance zu nutzen weiß. Seine entscheidende Aufgabe wird darin bestehen, die Führungsmannschaft zu integrieren. Dabei wird er sehr auf sein politisches Umfeld angewiesen sein. Vom neuen Generalsekretär der Partei, Helmut Linssen, wird es abhängen, ob er seinem neuen Chef in der richtigen Weise zuarbeitet, ihn entlastet und ihm Stolpersteine aus dem Weg räumt...

(Kölnische Rundschau)

Lothar Späth:

Koalition zwischen den Bürgern und der Baden-Württemberg-CDU

„Sichere Zukunft für unsere liebenswerte Heimat“ lautete der Titel des Leitantrages, dessen Diskussion im Mittelpunkt des Landesparteitages der CDU Baden-Württemberg am 23. Mai 1987 in Oberndorf am Neckar stand. Über 250 Anträge allein zum Leitantrag und nochmals rund 40 allgemeine Anträge mußten die Delegierten behandeln. Man kann mit gutem Recht von einem fleißigen Parteitag sprechen.

Als Vorsitzender des gastgebenden Bezirksverbandes Südbaden eröffnete der Fraktionsvorsitzende Erwin Teufel den Parteitag: „Wir haben am 20. März 1988 eine gute Chance, wenn wir alle arbeiten, wenn wir alle zusammenarbeiten in Baden-Württemberg.“

Um die Vorbereitung der kommenden Landtagswahl ging es auch dem Landesvorsitzenden, Ministerpräsident, Lothar Späth in seiner Parteitagsrede. Er machte deutlich, daß die CDU erneut und mit allem Einsatz um die absolute Mehrheit kämpfen wird. „Wenn wir geschlossen und offensiv die überlegene Kompetenz unserer Politik darstellen, wenn wir nächsten die für jeden nachprüfbaren Leistungen unserer Politik erläutern, und wenn wir offen über unsere Zukunftsvorstellungen diskutieren und sie dann als Programm der CDU Baden-Württemberg gemeinsam vertreten, dann wird es uns erneut gelingen, das Vertrauen der Mehrheit unserer Bevölkerung zu gewinnen.“

Späth forderte dazu auf, stolz zu sein auf Baden-Württemberg, auf ein Land, das so

viel Substanz habe, in dem so viel Leistung und Dynamik stecke, daß es für die Zukunft gut gerüstet sei. Er rief die Partei dazu auf, die eigenen Leistungen und Erfolge nicht als Selbstverständlichkeit abzhaken und denen entgegenzutreten, die sie systematisch madig zu machen versuchten. Es sei kein Zufall, daß Baden-Württemberg so gut dastehe, sondern es sei das Ergebnis einer klaren und stetigen Politik, die ohne Abstriche in die Tat umgesetzt werden konnte, weil sie vom Vertrauen der Mehrheit getragen war und getragen werde. Baden-Württemberg brauche nur eine Koalition, „die Koalition zwischen den Bürgern dieses Landes und der Baden-Württemberg-Partei CDU“.

Der vom Parteitag verabschiedete Leitantrag zeigt die Perspektiven auf für eine weitere erfolgreiche Fortführung der Politik der CDU. Lothar Späth hob drei Bereiche hervor, die Schwerpunkte in der politischen Arbeit der nächsten Monate sein werden: die Stärkung des ländlichen Raumes, ein aktives Leben in der Gemeinschaft für die älteren Menschen und neue kulturelle Angebote, die die Kreativität der Gesellschaft voll zur Entfaltung bringen.

Für den ländlichen Raum kündigte der Ministerpräsident ein geschlossenes und ganzheitliches Entwicklungskonzept an. Es wäre grundverkehrt, die Probleme der ländlichen Regionen in lauter einzelne Teilbereiche aufzuspalten und mit isolierten Maßnahmen Lösungen zu versuchen. Da eine solche Gesamtpolitik nicht in fünf verschiedenen Ministerien ressortie-

ren könne, habe er Gerhard Weiser gebeten, ein neues Ministerium für den ländlichen Raum, Landwirtschaft und Forsten zu übernehmen. Außerdem werde Gerhard Weiser einen neu gebildeten Kabinettsausschuß für den ländlichen Raum leiten und koordinieren. Damit seien zwei maßgeschneiderte Instrumente geschaffen, um die Gesamtpolitik für den ländlichen Raum in die Tat umzusetzen. Dieses Ministerium werde für die Lebensverhältnisse von über 40 Prozent der Bevölkerung verantwortlich sein. Deshalb sei es sinnvoll gewesen, für den Umweltsektor ein eigenständiges Umweltministerium zu schaffen, das der Ettlinger Oberbürgermeister Erwin Vetter leiten werde. Späth ist überzeugt, daß dieses Modell, die politische Verantwortung zur Erarbeitung integrierter Konzepte in einem Ressort zusammenzuführen, Schule machen wird.

Breiten Raum nahm die Diskussion eines Antrags zum Thema Abrüstungsverhandlungen ein, in dem es unter anderem heißt: „Der Politik der Bundesregierung und der CDU unter Führung von Bundeskanzler Kohl ist es zu verdanken, daß sich zum ersten Mal in der Nachkriegszeit die Chance zu wirklicher Abrüstung bietet. Erst die von uns durchgesetzte Nachrüstung kann die Null-Lösung bewirken. Wir wollen alle weitreichenden Mittelstreckenflugkörper möglichst weltweit beseitigen. Wir unterstützen dieses Ziel der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf mit allem Nachdruck und treten für ein entsprechendes Abkommen noch in diesem Jahr ein.“ Lothar Späth sprach sich in der Diskussion dafür aus, wegzuverhandeln, was wegverhandelt werden kann. Und Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner versicherte: „Wir werden keine Chance zur Zusammenarbeit mit Gorbatschow auslassen.“

Am lebhaftesten wurde die Diskussion gegen Ende des Parteitages bei einem Antrag der Jungen Union, der zum Ziel hatte, künftig die Wahl von Bürgermeistern in den Kreisrat zu verhindern. Die Junge Union erklärte sich schließlich bereit, noch einmal zwei Jahre lang die weitere Entwicklung abzuwarten, in der Hoffnung, daß die Partei bei der Kandidatenaufstellung selbst dafür sorgen werde, daß die übermäßige Repräsentation von Bürgermeistern in den Kreisräten zurückgehe.



Baden-Württemberg wählt am 20. März 1988

Der Termin für die Landtagswahl in Baden-Württemberg steht fest: Die Landesregierung hat den 20. März 1988 für die Wahl zum 10. Landtag bestimmt, teilte Innenminister **Dietmar Schlee** in Stuttgart mit.

Bundesrat stimmt vorgezogener Steuerentlastung zu

Der Bundesrat hat auf seiner Sitzung am Freitag, 15. Mai 1987, mit den Stimmen der CDU-regierten Länder einem Gesetzentwurf der Bundesregierung zugestimmt, der das Vorziehen einer Steuerentlastung von etwa 5,2 Milliarden Mark von 1990 auf 1988 vorsieht. Der Bundesrat forderte allerdings die Bundesregierung auf, „alsbald“ Vorschläge zu machen, wie die Mindereinnahmen gedeckt werden sollen. Auch für die insgesamt 13,7 Milliarden Mark der erweiterten zweiten Stufe der Steuerreform soll die Regierung noch 1987 eine Ausgleichsregelung vorlegen, da die Belastungen dieser Entlastung „überproportional bei den Ländern und Gemeinden auftreten werden“.

Aufbruch in die Zukunft

Unter diesem Motto stand der Parteitag der CDU Saar am 16. Mai 1987 in Saarbrücken. Der Landesvorsitzende markierte die Wegsteine der saarländischen Christdemokraten bis 1990. Ziel ist ein Regierungswechsel an der Saar. „Diesem Ziel haben wir uns alle unterzuordnen“, so Peter Jacoby (36), alter und neuer Landesvorsitzender der CDU Saar. Am Ende einer Erneuerungsphase in der Opposition will er die beste Formation und die beste personelle Präsentation zur nächsten Landtagswahl der saarländischen Bevölkerung anbieten.

In seiner fast eineinhalbstündigen Rede setzte sich Jacoby sehr kritisch mit der SPD-Landesregierung unter Ministerpräsident Lafontaine auseinander, die „schwach angefangen und stark nachgelassen“ habe. Gravierende Mängel in der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Stahlpolitik, Technologiefeindlichkeit und politischer Opportunismus seien „nicht das Gesellenstück eines Ministerpräsidenten, der sich anschickt, in Gernegroßmanier auf der Bundesebene Politik machen zu wollen“.

Das Saarland bräuchte eine Regierung und an deren Spitze einen Ministerpräsidenten, dem der Dienst für die Menschen an der Saar Aufgabe an sich wäre und nicht als Sprungbrett diene.

Weitere Schwerpunkte seiner Rede setzte der Landesvorsitzende auf Probleme der Umweltpolitik, bekannte sich erneut zu seiner differenzierten Haltung zur Kernenergie und sprach sich für die Option der „doppelten Nulllösung“ aus.

Ein besonderes Gewicht für seine Arbeit an der Spitze der Landespartei möchte Jacoby auf die politischen Inhalte der

CDU Saar legen, die Partei zum Zentrum der politischen Willensbildung machen. Es gehe darum, die CDU Saar zu profilieren als eine konservative, liberale, insbesondere christlich-soziale Volkspartei. Peter Jacoby wurde mit einer überwältigenden Mehrheit wiedergewählt; seine Stellvertreter Albrecht Feibel und Edmund Hein wurden ebenfalls im Amt bestätigt.

Bundesfinanzminister **Gerhard Stoltenberg** machte als Gast des Parteitages die saarländische Landesregierung mitverantwortlich für die hohe Arbeitslosenquote im Saarland. Auch er betonte, daß besonders Lafontaine mit seiner beispiellosen Rücksichtslosigkeit im Kritisieren die saarländischen Interessen gefährde. Eine erfolgreiche Kohlepolitik könne nur zustande kommen, wenn sie von allen Ländern gemeinsam und damit auch im Verbund mit der Kernenergie getragen werde. „Solidarität kann keine Einbahnstraße sein“, so Finanzminister Stoltenberg.

63 Millionen DM für Bergarbeiterwohnungsbau

Bundesbauminister Oscar Schneider hat jetzt insgesamt 63,3 Millionen DM zur Durchführung des Bauprogramms 1987 im Rahmen des Bergarbeiterwohnungsbaus zur Verfügung gestellt. Auf Nordrhein-Westfalen entfallen 58 Millionen DM, auf Niedersachsen 2,292 Millionen DM und auf das Saarland drei Millionen DM. Die Mittel können für Neubaumaßnahmen sowie zur Modernisierung von Wohnungen und dazugehörigen Gemeinschaftsanlagen eingesetzt werden.

Hessen: Landtagsboykott der Opposition

Am Mittwoch, dem 20. Mai 1987, machte die Opposition im hessischen Landtag ihre Drohung wahr: Mit einem Boykott der Landtagssitzung zur Aufhebung der Pflichtförderstufe machten die Parteien SPD und die Grünen das Parlament beschlußunfähig. Da der Anfang Mai schwer verunglückte FDP-Parlamentarier Weghorn an der Teilnahme gehindert war, verfügte die Regierungskoalition derzeit nur über 55 der 110 Landtagsstimmen gegenüber 54 Stimmen der rot-grünen Opposition. Zur Beschlußfähigkeit ist aber die Anwesenheit von 56 Abgeordneten erforderlich.

Ministerpräsident Wallmann und der FDP-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Mischnick, nannten das Verhalten der Opposition übereinstimmend „menschlich mies und unanständig und politisch unverantwortlich“. Auch in der Presse vom 21. Mai gab es entsprechende Kritik:

„Daß frei gewählte Abgeordnete ihr Mandat dazu benutzen, das eigene Parlament handlungs- und entscheidungsunfähig zu machen, mutet wie eine Selbstparodie des Parlamentarismus und wie ein Verrat am Willen der Wähler an ...“ (Die Welt)

„... ein einmalig schlechter Stil, wie die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Grünen den schweren Unfall eines FDP-Abgeordneten nutzen, die christlich-liberale Koalition in Wiesbaden am Regieren zu hindern.“ (Stuttgarter Nachrichten)

„... Die SPD müßte darüber erschrecken, daß ihre hessische Fraktion Erinnerungen an Weimar weckt ... wenn Parlamentarier bewußt beschlußunfähig machen, dann geht das an den Lebensnerv unserer parlamentarischen Demokratie.“

(Rheinische Post)

„... knapp oder nicht, die Regierung Wallmann hat das Mandat der Wählermehrheit, SPD und Grüne haben es nicht. Daß sie das Unglück eines FDP-Abgeordneten dazu nutzen, die Mehrheit für kurze Zeit am Gebrauch ihrer Mehrheit zu hindern, ist schäbig und instinktlos. So bringt man sich um den letzten Rest seiner Reputation.“ (Frankfurter Neue Presse)

„Schäbige Tricks ... Das rot-grüne Oppositionsbündnis wird lernen müssen, daß Mehrheitsentscheidungen nicht mit Geschäftsordnungstricks rückgängig gemacht werden können.“ (Express)

„Politik muß kein schmutziges Geschäft sein; aber manche machen sie dazu.“ (Bild)

„... ein bedenkliches Maß an Provinzialismus und ein miserables demokratisches Stilbewußtsein.“ (General-Anzeiger, Bonn)

„Der ‚Sieg‘ der SPD ist ein kurzfristiger, und am Ende wird sie der Verlierer auch in den Augen der Wähler sein.“

(Stuttgarter Zeitung)

„Blamiert sind SPD und Grüne, deren Gejammer über mangelhafte „politische Kultur“ in dieser Republik diesmal als pure Heuchelei entlarvt worden ist.“

(Kölnische Rundschau)



Bonn will Werften helfen

Die Bundesregierung will den in Schwierigkeiten steckenden deutschen Werften helfen. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) und Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) verständigten sich darauf, die Neubauhilfe von 12,5 Prozent auf bis zu 20 Prozent des Auftragswertes aufzustocken.

Weiter vorn im Umweltschutz

Im Umweltschutz sind wir Vorreiter in Europa: Schadstoffarme Autos, bleifreies Benzin und 600 000 Tonnen weniger Schwefelausstoß bei Industrie und Kraftwerken. Während andere nur reden, hat die Regierung Helmut Kohl gehandelt. Sachlichkeit und Augenmaß nutzt der Umwelt mehr als die Panikmache grüner Aussteiger. Und jetzt packt der neue Umweltminister Klaus Töpfer weitere wichtige Projekte an:

- ◆ Verbot des bleihaltigen Normalbenzins;
- ◆ Verbot der gefährlichen Spraydosengase;
- ◆ erweitertes Verbot gefährlicher Chemikalien;
- ◆ strengere Haftung und schärfere Kontrollen.

Dabei brauchen wir internationale Zusammenarbeit, denn Umweltschutz darf nicht an Grenzen haltmachen.

Umweltminister Klaus Töpfer:

„Vorbekommen ist besser als heilen – gerade auch für die Umwelt. Wir müssen weiter vorn bleiben im Umweltschutz. Deshalb macht die CDU den Schutz von Umwelt und Natur zu einer großen nationalen Aufgabe, bei der jeder gefordert ist.“



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Steigende Einkommen, stabile Preise, mehr Arbeitsplätze.

**Gute Nachrichten
für die Bürger.
auch 1987**

Neue Arbeitsplätze entstehen: 1987 werden 100.000 bis 200.000 mehr Menschen einen neuen Arbeitsplatz finden. Und wir setzen die Qualifizierungsoffensive fort. Das bringt neue Chancen für Arbeitnehmer und Arbeitslose.

Die Bürger können mit Zuversicht in die Zukunft blicken. „Die Weltkonjunktur ist weiterhin aufwärts gerichtet.“

(Frühjahrsgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsanstalt)

Der wirtschaftspolitische Kurs der Bundesregierung stimmt. Die Konjunktur bleibt in Fahrt. Auch 1987 bleibt ein Jahr des Aufschwungs. Das stellen die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, Wirtschaftsverbände und der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung fest. Daran ändert auch die Miesmacherei der SPD nichts.

Die Pluspunkte für die Bürger sind klar:

Das Wachstum geht weiter: 1987 + 2%. Dafür sorgt eine stabile Inlandsnachfrage, besonders der private Verbrauch.

Der Export nimmt zu: Im ersten Quartal 1987 sind die deutschen Ausfuhren um 1% gestiegen. Unsere Stärke bleibt unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Die Steuerreform entlastet die Bürger. Insbesondere Familien mit Kindern, Facharbeiter und kleine Selbständige zahlen weniger Steuern.

Die Preise bleiben stabil. Den Arbeitnehmern und Rentnern kommen die Lohn- und Rentenerhöhungen voll zugute. Sie werden nicht wie zu SPD-Zeiten von der Inflation weggefressen.



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.



19/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.